

Der Nervenarzt

Organ der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde,
der Deutschen Gesellschaft für Neurologie und der Deutschen Schlaganfall-Gesellschaft

Elektronischer Sonderdruck für

V. Roelcke

Ein Service von Springer Medizin

Nervenarzt 2012 · 83:303–310 · DOI 10.1007/s00115-011-3391-7

© Springer-Verlag 2012

zur nichtkommerziellen Nutzung auf der
privaten Homepage und Institutssite des Autors

V. Roelcke

**Ernst Rüdin – renommiertes Wissenschaftler,
radikaler Rassenhygieniker**

Ernst Rüdin – renommierter Wissenschaftler, radikaler Rassenhygieniker

Ernst Rüdin war von 1931 bis 1945 Direktor der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (DFA), der Vorläuferinstitution zum heutigen Max-Planck-Institut (MPI) für Psychiatrie; zwischen 1935 und 1945 war er ebenfalls Vorsitzender der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater (GDNP), der damaligen Fachgesellschaft.

Forschungsstand

Rüdins zentrale Rolle im Kontext der eugenisch-rassenhygienischen Bewegung und seine Beteiligung an der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik wurden bereits in den 1980er Jahren im Kontext von Studien zur Geschichte der nationalsozialistischen Selektionspolitik thematisiert (z. B. [11, 16]). Unklar blieb dabei neben einer Reihe von Detailfragen Rüdins Beteiligung an Programm und Praxis der Tötung von psychisch Kranken und Behinderten („Euthanasie“). In dieser Situation und bei wachsendem internationalem Druck, die offenen Fragen zu klären, wurde von M. Weber, einem Mitarbeiter des MPI für Psychiatrie, eine umfangreiche Rüdin-Biographie vorgelegt [13]. Darin wurde im Wesentlichen die bekannte Beteiligung an der NS-Selektionspolitik auf der Basis neu erschlossener Quellen bestätigt und in vielen Details ergänzt. In Bezug auf die „Euthanasie“ wurde ein Bild entworfen, wonach Rüdin erst deutlich nach Beginn der Tötungen über diese informiert worden sei, diese innerlich abgelehnt, jedoch toleriert habe ([13], S. 274, 279), um sein breiteres Anliegen einer wissenschaftlich fundier-

ten Erbgesundheitspolitik nicht zu gefährden. Eine mögliche Verbindung zwischen Rüdin, der DFA und der eugenisch motivierten psychiatrischen Forschung im Kontext der „Euthanasie“ an der Universität Heidelberg über die Person von Julius Deussen, einem Mitarbeiter an Rüdins Abteilung in der DFA, wurde in dieser Darstellung implizit negiert mit der Behauptung, Deussen sei lediglich 1938 für kurze Zeit an der DFA tätig gewesen ([13], S. 272), während seine Forschungen in Heidelberg – wie bereits bekannt [1] – von 1943 bis 1945 stattgefunden hatten.

Im Kontext des vom damaligen MPG (Max-Planck-Gesellschaft)-Präsidenten initiierten Forschungsprogramms zur Vorläuferinstitution Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) im Nationalsozialismus wurde seit Ende der 1990er Jahre detailliert dokumentiert, dass diese Darstellung von Rüdin in Bezug zur Frage nach der Beteiligung und Mitverantwortung an den Krankentötungen deutlich apologetische Züge hat und dass die verfügbaren Quellen, die sich teilweise im Historischen Archiv des MPI (HA MPIP) und dessen Bibliothek befinden, in diesem Sinne selektiv, das Ergebnis der Auswertung sinnentstellend interpretiert wurden [2, 5, 6]. So fehlt in der Rüdin-Biographie ein deutlicher Hinweis auf die schon lange vor 1939 sehr enge Zusammenarbeit zwischen Rüdin und Paul Nitsche, dem Geschäftsführer der GDNP unter Rüdins Vorsitz und ab 1940 ärztlichen Leiter der „Euthanasie“-Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 [2, 6]. Insbesondere ist nicht erwähnt und in den Implikationen analysiert, dass Nitsche seit etwa 1935 bis 1945 der wohl wich-

tigste psychiatrische Korrespondenzpartner Rüdins war, dass aber in dem im HA MPI befindlichen umfangreichen Rüdinnachlass gerade die Korrespondenz mit Nitsche aus der Zeit zwischen November 1939 und Februar 1941 praktisch fehlt, also etwa ab Beginn der Tätigkeit Nitsches in der „Euthanasie“-Zentrale, sodass eine entlastende Aussage über Rüdins Rolle im Rahmen der Krankentötungen nur unter größtem Vorbehalt gemacht werden kann. Weiter wurde in der Kritik an Weber detailliert dokumentiert, dass die Aussage, wonach Deussen lediglich 1938 kurz an der DFA tätig gewesen sei, falsch ist. Sie ist selbst nicht mit Quellen belegt, sie widerspricht einer Reihe von archivalischen Quellen, die sich in dem von Weber geleiteten Archiv befinden, und sie widerspricht auch den ansonsten von ihm korrekt zitierten publizierten Jahresberichten der DFA [2]. Wie sich aus all diesen Quellen rekonstruieren lässt, war Deussen bis Dezember 1945 Mitarbeiter der DFA [2, 5]. Rüdin initiierte die von Deussen im Kontext der „Euthanasie“ durchgeführten, für die Probanden tödlichen Forschungen und stellte hierfür finanzielle Mittel aus dem Etat der DFA zur Verfügung [2, 5].

Weber ist in weiteren eigenen Publikationen der direkten Auseinandersetzung mit diesen Kritikpunkten ausgewichen. Er behauptete weiter ohne Verweis auf die problematische Quellenlage, eine aktive Beteiligung von Rüdin an der „Aktion T4“ sei nicht nachweisbar (der Fragenach der NS-„Euthanasie“ generell ausweichend) und modifizierte den Zeitrahmen für Deussens Status als Mitarbeiter an der DFA nur leicht, weiterhin ohne Quellenangaben; regelmäßig wurde im-

pliziert, dass Deussen zum Zeitpunkt seiner Heidelberger Forschungen kein Mitarbeiter der DFA mehr gewesen sei (z. B. [14], S. 106, 108; [15], S. 171).

Im Folgenden wird die Biographie von Rüdin auf dem aktuellen, historiographisch gesicherten Wissensstand mit besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zu den Krankentötungen und unter Einbeziehung einiger neuer Quellen dargestellt. Leitend ist dabei die Frage, in welcher Weise bei einem noch in den 1930er Jahren international führenden Forscher im Bereich der psychiatrischen Genetik wissenschaftliche Aktivitäten mit breiteren politischen Kontexten verbunden waren und ob sich in dieser Hinsicht 1933 tatsächlich – wie häufig angenommen wird – eine fundamentale Zäsur identifizieren lässt.

Biographie

Rüdin wurde 1874 in St. Gallen als Sohn eines Kaufmanns und einer Ärztin geboren. Nach dem Medizinstudium war er u. a. Assistenzarzt an den Psychiatrischen Universitätskliniken in Zürich und Heidelberg, dort unter Emil Kraepelin. Bei Kraepelins Wechsel an die Universität München folgte Rüdin ihm und wurde nach der Habilitation 1909 Oberarzt an der Münchener Klinik. Als 1917/18 die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie (DFA) gegründet wurde, wurde Rüdin zum Leiter der Genealogisch-Demographischen Abteilung (GDA) ernannt, einer Abteilung zur Erforschung von Genetik und Epidemiologie in der Psychiatrie. Diese Abteilung stellte die weltweit erste Forschungsinstitution auf dem Gebiet der psychiatrischen Genetik dar [4].

Im Jahr 1925 wurde Rüdin auf den Lehrstuhl für Psychiatrie an die Universität Basel berufen, kehrte aber 1928 nach München an die DFA zurück, nachdem ihm eine Verdreifachung des Etats seiner Abteilung zugesagt worden war ([2], S. 117). Das zeigt, wie sehr die eugenisch motivierte humangenetische Forschung Rüdins von den Geldgebern der DFA geschätzt wurde. Dies waren im Wesentlichen die KWG (die DFA war 1924 als Institut in die KWG integriert worden), die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaften (später Deutsche Forschungs-

gemeinschaft, DFG), die Rockefeller Foundation sowie der Freistaat Bayern. 1931 wurde Rüdin von Seiten der KWG zum Direktor der gesamten DFA ernannt, 1935 erfolgte im Zuge der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ durch das Reichsinnenministerium die Ernennung zum Vorsitzenden und „Reichsführer“ der neurologisch-psychiatrischen Fachgesellschaft GDNP [12]. Daneben war Rüdin auch Vorsitzender des Deutschen Verbands für psychische Hygiene sowie der Gesellschaft für Rassenhygiene. Mit dem Kriegsende 1945 wurde er aus allen Ämtern entlassen. Er starb 1952.

Vor 1933: eugenisch motivierte Humangenetik

Rüdin war von Beginn seiner Karriere an durchgängig davon überzeugt, dass seine wissenschaftliche Arbeit nicht von politischem Engagement zu trennen sei. Er war deshalb kontinuierlich bestrebt, politische Entscheidungsträger und Institutionen für seine Forschungen zu interessieren und komplementär seine Forschungsaktivitäten im Sinne von möglichem politischem Handlungsbedarf zu fokussieren [2, 3].

» Rüdin sieht seine psychiatrisch-genetische Forschung als „staatserhaltende Pflicht“

Zusammen mit seinem Schwager Alfred Ploetz gehörte Rüdin kurz nach der Jahrhundertwende zu den Mitbegründern der Gesellschaft für Rassenhygiene (1905) und der von dieser Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift *Archiv für Rassenhygiene und Gesellschaftsbiologie*. Ziel des „Archivs“ war es, die Ergebnisse der Biologie systematisch auf die aktuellen Fragen des sozialen Lebens und der Politik anzuwenden. Im Einklang mit seinem Lehrer Kraepelin formulierte Rüdin bereits im Jahrzehnt nach 1900 die Diagnose einer drohenden „Degeneration“ des deutschen Volkes, d. h., einer Verschlechterung des kollektiven Erbmaterials [8]. Ebenfalls in dieser Zeit forderte Rüdin bereits die Sterilisierung von Alkoholkranken [7].

Seit Abschluss der Habilitation 1909 konzentrierte Rüdin seine Forschungen auf den Bereich der psychiatrischen Genetik. Den ersten theoretischen Aufriss hierzu veröffentlichte er 1911 in Form eines umfangreichen Aufsatzes [9]. Die dort geforderte systematische Kombination von psychiatrischer, internistisch-medizinischer, physisch-anthropologischer und genealogischer Methodik im Dienste des Staates bildete ein Leitmotiv für Rüdins Lebenswerk.

Neben dem Ziel der Erhaltung oder Verbesserung der biologischen Ausstattung des Menschen und biologisch definierter sozialer Gruppen findet sich hier auch eine ökonomische Argumentation, wenn Rüdin auf „*das lawinenartige Anschwellen der finanziellen Lasten*“ durch die „*Zunahme der Verpflegungsnotwendigkeit Defekter und Kranker aller Art*“ verweist. Die psychiatrisch-genetische Forschung wurde von ihm somit bereits in den Jahren um 1910 als ein „*Gebot der Notwendigkeit, eine staaterhaltende Pflicht*“ aufgefasst [3].

Die jahrzehntelange Kontinuität von Rüdins politischer Motivation für seine genetischen, auf Politikberatung zielenden Forschungen lässt sich beispielsweise durch ein Dokument aus dem Jahr 1942 belegen. Auf eine Anfrage des Reichsforschungsrates nach den Prioritäten im Bereich der psychiatrischen Forschung unter den Bedingungen des Krieges formulierte Rüdin in seiner Antwort:

Wir haben zwar kein Interesse an der Erhaltung unheilbarer und ruinenhafter Opfer der Vererbung am Leben, und auch nicht an der Fortpflanzung der Menschen, welche Träger der zur Ausbildung schwerer Erbkrankheiten nötigen Erbanlagen sind. Aber wir haben ein Interesse daran, bei den letztgenannten Menschen durch rechtzeitige Eingriffe in Pathogenese und Krankheitsverlauf wenigstens individuell noch zu retten, was zu retten ist, um so noch wenigstens ihre soziale Brauchbarkeit zu erhalten.¹

Im Krieg seien daher alle diejenigen Forschungen gerechtfertigt, die zur positiven Selektion kriegstauglicher oder wirt-

¹ Brief Rüdin, 23.10.1942, Historisches Archiv des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie, München (im Folgenden: HA MPIP), GDA 8.

Hier steht eine Anzeige.



schaftlich leistungsfähiger Volksmitglieder beitragen könnten. Ein zentrales Ziel sei die Erarbeitung von Kriterien zur negativen Selektion von „eliminationswürdigen“ Menschen, d. h., für die Vernichtung von Kranken und anderweitig „Minderwertigen“, sobald ihre „soziale Brauchbarkeit“ nicht mehr gegeben sei.²

Rüdin verbrachte die Jahre nach 1911 mit umfangreichen empirischen Forschungen zur Erbllichkeit der Dementia praecox/Schizophrenie. 1916 legte er die Ergebnisse in Form einer Monographie vor [10], die international rasch rezipiert und über Jahrzehnte zu einem Standardwerk der psychiatrischen Genetik wurde. So wurden Rüdin und seine Arbeitsgruppe 1934 im ersten englischen Handbuch der medizinischen Genetik als die internationalen Vorbilder für dieses Arbeitsfeld bezeichnet [3, 4].

In den 1920er und 30er Jahren betrieb Rüdin unter Einbeziehung einer Vielzahl von in- und ausländischen Gastwissenschaftlern sein Forschungsprogramm weiter. Auf Vermittlung der KWG-Leitung wurden Rüdin im Zusammenhang mit den Rückberufungsverhandlungen 1928 umfangreiche Mittel von der Notgemeinschaft in Aussicht gestellt, da seine Forschungen sich sinnvoll „in die von der Notgemeinschaft geplante Gemeinschaftsarbeit ‚Anthropologische Erforschung der deutschen Bevölkerung‘“ einfügten. Ziel dieses Schwerpunktforschungsprogramms war die Feststellung der „erbbiologischen Beschaffenheit des deutschen Volkes“ [3].

Nach 1933: Wissenschaft zur Fundierung der NS-Rassenpolitik

Im Jahr 1933 begrüßte Rüdin die Machtübernahme der Nationalsozialisten, da nun das Programm einer wissenschaftlich fundierten Rassenhygiene unter wesentlich verbesserten politischen Rahmenbedingungen durchgesetzt werden könne [2, 3]. Zu diesem Zeitpunkt kann also keineswegs von einer Instrumentalisierung oder gar Vergewaltigung der psychiatrischen Erbforschung durch die Politik gesprochen werden.

Im Juni 1933 wurde Rüdin in den neu gegründeten, im Reichsinnenministerium angesiedelten „Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik“, berufen. Hier übernahm er die Leitung der „Arbeitsgemeinschaft II“ für Rassenhygiene und Rassenpolitik. Ein bereits in den Jahren vor 1933 diskutierter Entwurf für ein Sterilisationsgesetz, für das die Stellungnahmen aus der DFA wesentliche Argumente geliefert hatten, wurde nun in modifizierter Form in diesem Gremium beraten und im Juli 1933 von der Regierung verabschiedet. Charakteristisch für das neue „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ gegenüber den ersten Entwürfen war sein Zwangscharakter, d. h., diejenigen Kranken, die als wahrscheinliche Träger schlechter Erbanlagen identifiziert wurden, konnten auch gegen ihren Willen sterilisiert werden. Auf der Grundlage des Gesetzes wurden bis 1945 über 360.000 Menschen sterilisiert [12, 16].

Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes erschien ein umfangreicher offizieller Kommentar, verfasst von Ministerialdirektor Arthur Gütt, dem SS-Juristen Falk Ruttke sowie Rüdin. In diesem Kommentar wurde an zentraler Stelle auf „systematische erbprognostische Untersuchungen“ zur konkreten Feststellung der Erbllichkeit in Einzelfällen hingewiesen. Mit dieser expliziten Referenz war die von Rüdin und seiner Arbeitsgruppe formulierte Methode der „empirischen Erbprognose“ zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Erbkrankheiten bei Vorliegen entsprechender Erkrankungen in der Familie zum offiziellen Bestandteil der staatlichen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik geworden [3].

Die psychiatrisch-erbbiologische „Bestandsaufnahme“ möglichst weiter Bevölkerungskreise wurde mit erheblichem Ressourcenaufwand durchgeführt. Rüdins tonangebende Stellung in der gesamten deutschen Psychiatrie nach 1933 und die Kongruenz seiner Forschungsinteressen mit der staatlichen Gesundheitspolitik führten dazu, dass diese „Bestandsaufnahme“ auch außerhalb der DFA von vielen Seiten mitgetragen wurde. Im November 1934 verschickte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes einen Rundbrief an die Direktoren aller Heil-

und Pflegeanstalten, in dem er die „karteimäßige Erfassung der erbkranken Sippen“ ankündigte, um die Voraussetzungen für eine systematische Erforschung der Erbverhältnisse zu schaffen. Im Arbeitsalltag der Heil- und Pflegeanstalten wurden daraufhin Zeit- und Personalressourcen für Aktivitäten im Sinne der „Bestandsaufnahme“ reserviert [3].

Parallel galt Rüdin mit seiner Münchener Arbeitsgruppe weiterhin als international führend in der Forschung zur psychiatrischen Genetik. Belege hierfür sind u. a. die Forschungsaufenthalte ambitionierter junger Wissenschaftler aus dem In- und Ausland an der DFA, wie etwa Eliot Slater aus England oder Erik Essen-Möller aus Schweden. Diese werden ebenso wie der wegen seiner jüdischen Herkunft 1936 aus Deutschland nach New York emigrierte Franz Kallmann, zuvor regelmäßiger Gast an der DFA, heute als die „Gründungsväter“ der psychiatrischen Genetik in Großbritannien, Skandinavien und den USA gesehen [4]. Noch 1939 wurde Rüdin als Plenarreferent zum 7. Weltkongress für Genetik nach Edinburgh eingeladen [3].

Haltung zur nationalsozialistischen „Euthanasie“

Der Kriegsbeginn 1939 markiert den Anfang der schon zuvor von ärztlicher und politischer Seite diskutierten systematischen Krankentötungen. Da die schon lange (auch im Vorstand der Fachgesellschaft) debattierten radikalen Sparmaßnahmen in der Psychiatrie [2] und die ab 1939 sicher dokumentierten Tötungen vorwiegend im Kontext von Anstalten, nicht aber in Universitätskliniken stattfanden, verwundert es nicht, dass die heute bekannten Namen von Mitarbeitern und Gutachtern der zentralen „Euthanasie“-Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 („T4“) vorwiegend Ärzte betreffen, die im Anstaltsbereich tätig waren, sowie einige Universitätsprofessoren, die gleichzeitig Anstalten vorstanden oder aufgrund ihrer Laufbahn eine enge Beziehung zum psychiatrischen Anstaltswesen hatten.

Es wäre aber verfehlt, hieraus zu folgern, dass die nicht auf den Gutachterlisten genannten Psychiater die Kran-

² Brief Rüdin, 23.10.1942, HA MPIP, GDA 8.

kentötungen nicht gebilligt oder eventuell sogar unterstützt hätten. Vielmehr lassen sich – neben den „T4“-Mitarbeitern und Gutachtern – mindestens zwei weitere Gruppen von psychiatrischen „Euthanasie“-Tätern benennen: 1. diejenigen, die der Verlegung der besonders betroffenen Patientengruppen aus den Universitätskliniken in Anstalten sowie den Deportationen aus den Anstalten zustimmten und bei der Durchführung solcher Verlegungen beteiligt waren; und 2. diejenigen, die – im Wissen um die tödlichen Folgen – den Prinzipien der Selektion wissenschaftliche Autorität verschafften.

Der umfangreiche Schriftwechsel zwischen Rüdin und Nitsche, dem Geschäftsführer der von Rüdin geleiteten Fachgesellschaft und ab 1940 zunächst Stellvertreter, dann ärztlichen Leiter der zentralen „Euthanasie“-Dienststelle, sowie andere Quellen dokumentieren eindeutig, dass Rüdin zu dieser letztgenannten Gruppe von Tätern gehört:

» Die Gesellschaft sollte nach biologischen Prinzipien reorganisiert werden

Wie sich Rüdins Haltung zur Frage der Tötung „lebensunwerten Lebens“ im Verlauf seines Werdegangs entwickelte, lässt sich aufgrund der heute zugänglichen Dokumente kaum rekonstruieren. Eventuell vorhandene ethische oder professionspolitische Bedenken (z. B. die Gefahr von wachsendem Misstrauen gegenüber der Berufsgruppe der Psychiater) hatte Rüdin mit dem Beginn des Krieges vielleicht nicht verloren, jedoch gegenüber anderen Überlegungen weitgehend beiseite gestellt.

Trotz der unbefriedigenden Quellenlage lässt sich festhalten, dass Rüdin mit einer Reihe von Protagonisten der „Euthanasie“, wie Nitsche, den Heidelberger und Bonner Ordinarien Carl Schneider und Kurt Pohlisch, aber auch mit den beteiligten staatlichen und Parteidienststellen schon vor Beginn der Tötungen in engem Austausch verbunden war [2]; weiter, dass er über die Tötungen informiert war und dass er wiederholt Versuche einzelner Anstaltsleiter, gemeinsam bei staatlichen Stellen gegen die „Vernichtungsak-

Nervenarzt 2012 · 83:303–310 DOI 10.1007/s00115-011-3391-7
© Springer-Verlag 2012

V. Roelcke

Ernst Rüdin – renommierter Wissenschaftler, radikaler Rassenhygieniker

Zusammenfassung

Ernst Rüdin (1874–1952) war einer der Begründer der psychiatrischen Genetik, von 1931 bis 1945 Direktor der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (DFA) und von 1935 bis 1945 Vorsitzender der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater. Der historische Kenntnisstand zu Rüdin wird dargestellt, unter Einbeziehung neuer Quellen und mit besonderem Fokus auf Rüdins Haltung gegenüber den nationalsozialistischen Krankentötungen („Euthanasie“). Es wird dokumentiert, dass 1. von einer Instrumentalisierung der psychiatrischen Erbforschung durch den NS-Staat keine Rede sein kann; 2. Rüdin zu derjenigen Gruppe psychiatri-

scher Täter zu rechnen ist, die den Prinzipien der Selektion wissenschaftliche Autorität verschafften; 3. Rüdin frühzeitig von den „Euthanasie“-Morden wusste und sich weigerte, andere bei ihren Bemühungen um eine Einstellung des Tötungsprogramms zu unterstützen; 4. die Forschungen des DFA-Mitarbeiters Julius Deussen im Kontext der „Euthanasie“ von Rüdin initiiert, aktiv unterstützt und aus dem Etat der DFA mit finanziert wurden.

Schlüsselwörter

Psychiatrie · Nationalsozialismus · Ernst Rüdin · Psychiatrische Genetik · Euthanasie

Ernst Rüdin: distinguished scientist, radical racial hygienist

Summary

Ernst Rüdin (1874–1952) was one of the founders of psychiatric genetics. From 1931 until 1945, he was Director of the German Institute for Psychiatric Research (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, DFA) and from 1935 until 1945 President of the German Association of Neurologists and Psychiatrists. The historical knowledge on Rüdin is reconsidered, using new sources, and with a focus on Rüdin's involvement in the Nazi program of patient killings („euthanasia“). It is documented that (1) it is a misconception to interpret psychiatric genetics as „instrumentalised“ by the Nazi regime; (2) Rüd-

din belonged to the group of psychiatric perpetrators who worked to give the Nazi selection policies scientific authority; (3) Rüdin knew early on about the patient killings and refused to support others in their efforts to stop them; and (4) the research in the context of the patient killings carried out by Julius Deussen, a member of Rüdins team at the DFA, was initiated and actively supported by Rüdin, and co-financed by the DFA.

Keywords

Psychiatry · National Socialism · Ernst Rüdin · Psychiatric genetics · Euthanasia

tionen“ zu intervenieren, ablehnte: Bereits kurz nach dem Beginn der systematischen Krankenerfassung und -deportationen Ende 1939 sprach sich unter einigen der betroffenen Anstaltsleiter sowie unter denjenigen psychiatrischen Ordinarien, die diesen „planwirtschaftlichen Maßnahmen“ aus unterschiedlichen Motiven skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden, schnell herum, dass Rüdin nicht für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Deportationen gewonnen werden konnte. So musste Hans Roemer, Direktor der badischen Anstalt Illenau, Mitte Dezember 1939 feststellen, dass Rüdin ihn nicht bei einem Protest gegen die geplanten Tö-

tungen unterstützen würde ([2], S. 131). Diese Haltung gegenüber einer möglichen Intervention wird durch eine entsprechende Mitteilung Rüdins an Nitsche im Januar 1940 bestätigt.³ Genau die gleiche Feststellung wie Roemer musste Mitte 1940 ein Kreis von Psychiatern machen, der auf Initiative des Leitenden Arztes der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta, Karsten Jaspersen, Rüdin in seiner Funktion als Vorsitzenden der Fachgesellschaft für einen offiziellen oder in-

³ Brief Rüdin an Nitsche, 08.01.1940, HA MPIP, GDA 131; dieser Brief wird in den Publikationen von Weber nicht berücksichtigt.

formellen Protest zu gewinnen versuchte ([1], S. 216–219).

In späteren Phasen der Tötungen war Rüdin an der Rechtfertigung des Tötungsprogramms sowie an der Planung und Durchführung der Forschungen beteiligt, die ein wissenschaftliches Fundament zur Selektion der Opfer liefern sollten. Für Rüdin und die genannten anderen Psychiater stellte die „Euthanasie“ einen integralen Bestandteil eines umfassenden Reformprogramms dar. Danach sollte die Gesellschaft nach biologischen Prinzipien reorganisiert werden. Die psychiatrische Wissenschaft hatte dabei die Funktion, diese Prinzipien zu erforschen sowie Entscheidungsgrundlagen für praktisches Handeln zu erarbeiten. Arbeitsfähige chronische Patienten sollten nach diesem Plan der „Euthanasie“ zugeführt werden. Diese Überlegungen sollten auf der für Herbst 1941 geplanten Tagung der GDNP in Würzburg einem breiteren Kreis von Psychiatern mitgeteilt werden. Zur Finanzierung dieser Tagung stellte die „T4“-Dienststelle der GDNP 10.000 Reichsmark zur Verfügung [12].

Ebenfalls in diesem Sinne arbeitete Rüdin zusammen mit Schneider, Nitsche, Maximilian de Crinis (Ordinarius für Psychiatrie in Berlin) und Hans Heinze (Direktor der Anstalt Brandenburg-Görden) eine Denkschrift über die Zukunft der Psychiatrie aus, die Anfang Juni 1943 dem Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti [6] überreicht wurde. Danach sollte die Psychiatrie langfristig das „seelische Erbgut“ der Bevölkerung überwachen, ähnlich wie die Hygiene die Beobachtung und Kontrolle der großen „Volkssseuchen“ zur Aufgabe habe. Diese Aufgabe könne nur nach einer Vereinheitlichung und Strukturreform des deutschen Anstaltswesens realisiert werden. In jedem Versorgungsbezirk des Reichs sollte eine zentral gelegene Heilanstalt eingerichtet werden, in welcher die behandlungsfähigen Patienten mit neuen, effektiven Methoden therapiert werden sollten. Die nicht behandlungs-, aber arbeitsfähigen Kranken sollten in peripher gelegenen Pflegeanstalten untergebracht werden, wo nach Möglichkeit ihre Arbeitskraft ausgeschöpft werden sollte. Die verbleibenden Patienten ohne Arbeitsfähigkeit sollten der „Euthanasie“ anheim fallen.

Von Rüdin und seinem Umfeld wurde im Zusammenhang mit der Erbgesundheitspolitik ein zentrales Problem wahrgenommen: nämlich die genaue Differenzierung der erblich belasteten und der unbelasteten Patienten. Laborparameter standen für diesen Zweck nicht zur Verfügung, auch das klinische Bild ergab in vielen Fällen keine eindeutige Antwort auf die Frage nach dem Vorliegen einer erblichen Störung. Dieses für die praktische Eugenik zentrale Problem war verknüpft mit der auch international schon lange diskutierten theoretischen Fragestellung, ob psychiatrische Krankheitseinheiten überhaupt durch ein eindeutig identifizierbares genetisches Korrelat konstituiert waren und – falls sich diese Annahme bestätigen sollte – ob es möglich sein würde, diese Krankheiten aufgrund klinischer Kriterien oder durch genealogische Charakteristika zu differenzieren.

Diese Fragestellungen fokussierte ein Forschungsprojekt, das Rüdin im Oktober 1942 auf eine Anfrage des Reichsforschungsrats als „kriegswichtig“ benannte: *[...] von hervorragender Wichtigkeit [...] wäre die Erforschung der Frage: welche Kinder können, als Kinder schon, klinisch und erbbiologisch so einwandfrei als minderwertig eliminationswürdig charakterisiert werden, daß sie mit voller Überzeugung [...] den Eltern bzw. gesetzlichen Vertretern sowohl im eigenen Interesse als auch [im Interesse] des deutschen Volkes zur Euthanasie empfohlen werden können.*⁴

Anknüpfend an dieses von Rüdin formulierte Desiderat entwickelte der Heidelberger Ordinarius Carl Schneider ein umfangreiches Forschungsprogramm. Die Fragestellung des Projekts zielte – entsprechend der Stellungnahme Rüdins – auf die Kriterien ab, mit denen die Patienten mit erblicher Belastung von denjenigen ohne Belastung unterschieden werden könnten. Dieses Vorhaben kann damit als ein zentrales und paradigmatisches Projekt der eugenisch orientierten psychiatrischen Forschung im Nationalsozialismus verstanden werden. Rüdin initiierte dieses Projekt nicht nur, sein Schüler Julius Deussen, Mitarbeiter der DFA von 1939 bis Dezember 1945 [2, 5], war – neben Schneider – an

der Ausführung in zentraler Funktion beteiligt. Rüdin stellte, wie ein neu aufgefundenes Dokument belegt,⁵ Mitte 1943 einen Antrag beim Reichsforschungsrat zur Freistellung Deussens vom Frontdienst bei der Wehrmacht für Forschungszwecke. Deussen begann seine Tätigkeit in Heidelberg im Spätherbst 1943. Ein weiteres neu aufgefundenes Dokument zeigt, dass Deussen in einem von der DFA an das Reichswissenschaftsministerium gesendeten Bericht vom Oktober 1944 als Mitarbeiter der DFA genannt wurde, der aber zum Zeitpunkt des Berichts „außerdem“ an einer anderen Forschungseinrichtung tätig war.⁶ Seine Forschungstätigkeit in Heidelberg wurde aus dem Etat der DFA mit finanziert.⁷ In seinem Gutachten zur externen Habilitation von Deussen an der Heidelberger Universität 1944 schrieb Rüdin im Sinne seiner früheren Stellungnahme, es handle sich um eine „für unsere Erkenntnis und Praxis der Gesundheitssteuerung [...] viel verheißende Forschungsarbeit über die Ätiologie gewisser Idiotieformen“.⁸ Gegenüber dem Dekan der Heidelberger Medizinischen Fakultät wies er auch auf die langfristige bevölkerungspolitische Bedeutung des Forschungsprojekts hin.

Für die vollständige Durchführung des Forschungsprogramms war der Tod der untersuchten Kinder eine notwendige Voraussetzung. Auf diese Weise konnten die am lebenden Patienten gewonnenen Daten systematisch mit den pathologischen und histologischen Befunden korreliert werden. Eine solche Korrelation wurde durch die systematischen Krankentötungen in einem vorher nicht gekannten Umfang ermöglicht. Somit profitierte das Projekt vom Kontext der Krankentötungen; andererseits sollten die Forschungen aber auch die wissenschaftlichen Kriterien liefern, die eine rationale Selektion der Kranken für die „Euthanasie“ ermöglichen sollten.

⁵ Brief Deussen an den Beratenden Psychiater der Heeresanitätsinspektion Otto Wuth, 02.06.1943, Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg, RH 12–23/673.

⁶ „Personalaufnahme 1944“ der DFA an das Reichsministerium für Wissenschaft, 02.10.1944, Bundesarchiv, Bestand R 4901/14068.

⁷ Brief Rüdin, 14.02.1945, Universitätsarchiv Heidelberg, Personalakte Deussen (UA HD PAD)

⁸ Brief Rüdin, 28.08.1944, UA HD PAD.

⁴ Brief Rüdin, 23.10.1942, HA MPIP, GDA 8.

Hier steht eine Anzeige.



Die Forschungen wurden an der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg durchgeführt. Insgesamt wurden 52 Kinder und Jugendliche in aufwendiger Weise mit psychologischen, klinisch-medizinischen und apparativen Methoden untersucht. Im Anschluss wurden sie in die Anstalt Eichberg bei Wiesbaden gebracht, wo sie durch Überdosierung von Schlafmitteln getötet werden sollten. Aus den noch vorhandenen Dokumenten lässt sich rekonstruieren, dass tatsächlich mindestens 21 der 52 untersuchten Kinder in der Anstalt Eichberg getötet wurden; die Gehirne wurden zurück nach Heidelberg gebracht [2]. Kriegsbedingt musste das Projekt abgebrochen werden.

Fazit

- Das von Rüdin im Kern bereits 1911 formulierte Programm einer psychiatrischen Genetik entstand im Kontext der zeitgenössischen Degenerationsängste und der frühen rassenhygienischen Bewegung. Sein Leitgedanke war von Anfang an die wissenschaftliche Fundierung einer staatlichen Politik zur Erhaltung und Verbesserung des kollektiven Erbguts. Die Einrichtung der GDA innerhalb der neu gegründeten DFA 1917/18 sowie die nach 1933 von Staats- und Parteinstanzen implementierte „erbbiologische Bestandsaufnahme“ waren entscheidende Schritte bei der Realisierung von Rüdins Programm einer solchen psychiatrischen Genetik im Dienste von Rasse und Staat.
- Die Ausrichtung seiner Forschungen auf die Erhaltung und Verbesserung des kollektiven Erbguts entsprach Rüdins politischer Überzeugung. Sie erlaubte es ihm auch, seine wissenschaftlichen Interessen in einer für die verschiedenen Machtzentren nach 1933 attraktiven Weise zu formulieren und durch diese Instanzen fördern zu lassen. Aus Rüdins Sicht war damit kein Verzicht auf wissenschaftliche Qualität verbunden. Auch die zeitgenössische Einschätzung von führenden ausländischen Genetikern zeigt, dass weder der rassenhygienische Kontext von Rüdins Arbeit vor 1933 noch die massive politische

Förderung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten notwendig zu einem Qualitätsverlust der wissenschaftlichen Arbeit führen mussten.

- Somit lässt sich die wissenschaftliche Arbeit von Rüdin und seinen Mitarbeitern an der DFA nicht einfach in zwei Phasen unterteilen, etwa in eine kreative und wissenschaftlich solide Phase, frei von politischer Einmischung, vor 1933, und eine wissenschaftlich fragwürdige bis rein ideologisch überformte Phase, kontaminiert vom Rassengedanken und bestimmt durch wissenschafts-externe politische Vorgaben ab 1933.
- Für die Zeit nach 1933 lässt sich im Kontext der Erbgesundheitspolitik zunächst ein Aufschwung der psychiatrisch-genetischen Forschung konstatieren, wozu der weitgehend ungehinderte Zugriff auf Daten von Probanden und Familienangehörigen in öffentlichen Ämtern und die Anlage großer Datenbanken eine wesentliche Voraussetzung schafften [3]. Ab 1939 ermöglichte das „Euthanasie“-Programm dann die rasche und systematische Korrelation und Analyse von Daten, die bei der Untersuchung von lebenden Probanden gewonnen waren, mit den Ergebnissen histologischer Untersuchungen [2]. Rüdin war in allen Stadien dieser Entwicklung der Psychiatrie im Nationalsozialismus und der damit verbundenen Forschung bis hin zum Programm der systematischen Krankentötungen in maßgeblicher Weise beteiligt.

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. V. Roelcke

Institut für Geschichte der Medizin, Universität Gießen

Jheringstr. 6, 35392 Gießen

volker.roelcke@histor.med.uni-giessen.de

Interessenkonflikt. Keine Angaben

Literatur

1. Klee E (1983) „Euthanasie“ im NS-Staat. Fischer, Frankfurt/M
2. Roelcke V (2000) Psychiatrische Wissenschaft im Kontext nationalsozialistischer Politik und „Euthanasie“: Zur Rolle von Ernst Rüdin und der Deutschen Forschungsanstalt/Kaiser-Wilhelm-Institut für Psychiatrie. In: Kaufmann D (Hrsg) Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Wallstein, Göttingen, S 112–150
3. Roelcke V (2002) Programm und Praxis der psychiatrischen Genetik an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie unter Ernst Rüdin. *Medizin-hist J* 37:21–55
4. Roelcke V (2007) Die Etablierung der psychiatrischen Genetik in Deutschland, Großbritannien und den USA, ca. 1910–1960: Zur untrennbaren Geschichte von Eugenik und Humangenetik. *Acta Hist Leopoldina* 48:173–190
5. Roelcke V, Hohendorf G, Rotzoll M (1998) Erbpsychologische Forschung im Kontext der „Euthanasie“: Neue Dokumente und Aspekte zu Carl Schneider, Julius Deussen und Ernst Rüdin. *Fortschr Neurol Psychiatr* 66:331–336
6. Roelcke V, Hohendorf G, Rotzoll M (2000) Psychiatrische Genetik und „Erbgesundheitspolitik“ im Nationalsozialismus: Zur Zusammenarbeit zwischen Ernst Rüdin, Carl Schneider und Paul Nitsche. *Schriften Dtsch Ges Geschichte Nervenheilkd* 6:59–73
7. Rüdin E (1903) Der Alkohol im Lebensprozess der Rasse. *Politisch-Anthropol Rev* 2:553–566
8. Rüdin E (1910) Über den Zusammenhang zwischen Geisteskrankheit und Kultur. *Archiv Rassen Gesellschaftsbiol* 7:722–748
9. Rüdin E (1911) Einige Wege und Ziele der Familienforschung. *Z Neur Psychiat* 7:487–585
10. Rüdin E (1916) Studien zur Entstehung und Vererbung geistiger Störungen. Zur Vererbung und Neuentstehung der Dementia praecox. Aufl. 1. Springer, Berlin
11. Schmuhl HW (1987) Rassenhygiene, Nationalsozialismus, „Euthanasie“. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
12. Schmuhl HW (2011) „Resources for each other“: The Society of German Neurologists and Psychiatrists and the Nazi „health leadership“. *Eur Arch Psychiatry Clin Neurosci* 261
13. Weber MM (1993) Ernst Rüdin. Eine kritische Biographie. Springer, Berlin
14. Weber MM (2000) Rassenhygienische und genetische Forschungen an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie/Kaiser-Wilhelm-Institut vor und nach 1933. In: Kaufmann D (Hrsg) Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Wallstein, Göttingen, S 95–111
15. Weber MM, Burgmair W (2011) Das Max-Planck-Institut für Psychiatrie/Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie. In: Gruss P, Rürup R (Hrsg) Denkmale. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911–2011. Sandstein, Dresden, S 166–173
16. Weindling PJ (1989) Health, race, and German politics between national unification and nazism. Cambridge Univ Press, Cambridge